



September
Cui bono?
vor 160 Jahren

NEUER ZEITGEIST

TREND

Heißer Herbst
Kalter Winter

Liebe Leser,

für viele Menschen ist Modernisierung grundsätzlich positiv. Öfter mal was Neues.

Dieses triviale Verlangen ist vielleicht in einer etwas infantilen Begierde begründet.

Das Streichen eines Zimmers oder der Frühjahrsputz folgen einem ähnlichen Muster, allerdings stellen solche Arbeiten im Wesentlichen einen früheren Zustand wieder her.

Dem Hang zur Modernisierung steht das Ewige entgegen.

Sommer und Winter, Tag und Nacht, geboren werden und sterben.

Wie jeder Morgen einen ganz eigenen Glanz hat, ist er doch immer das Gleiche: der Morgen.

Die heilige Messe sollte durch eine Modernisierung nach dem zweiten Vatikanum den Gläubigen entgegenkommen. Das Gegenteil ist geschehen, die Gläubigen wenden sich von der Zeitgeistkirche ab.

Ewige Kontinuitäten, die in gewisser Weise auch Königshäuser über Generationen verkörpern oder die über die Jahrhunderte bestehenden Bistümer, Klöster und Städte, Länder und Sprachräume geben den Menschen Halt. Halt gibt auch der

Glaube und die Familie aus Vater, Mutter und Kindern.

Eine Modernisierung dieser Ewigkeitsprinzipien ist nicht möglich und alle Versuche in diese Richtung führen in eine Sackgasse.

Im Westen hat sich seit den 60er Jahren eine Ich-Bezogenheit und ein Hedonismus durchgesetzt, die den Erhalt der eigenen Gruppe, des Volkes, nicht mehr erlaubt. Aber wie heißt es in einem Gedicht:

„Wo keine Wiege steht, da rostet bald der Pflug.“

Stümperhafte Versuche, die Nachteile dieser Letzte-Generation-Mentalität durch Massenmigration auszugleichen, sind zum Scheitern verurteilt. Ärgerlich, daß unser demokratisches System nicht vermag, was Königshäusern und Bischöfen über die Jahrhunderte gelang: Die Erhaltung der Kultur, der Identität und des Glaubens.

Und den Erhalt der Familie als Keimzelle allen menschlichen Lebens.

Herr Andreas Wild



Inhalt

Seite 2 *Editorial*

Wild – Nur für Dich

Seite 3 -4 *Titelthema*

Heißer Herbst Kalter Winter

Cui bono? Wem nutzt es?

Seite 5-7 *Geschichte*

Preußen am Abgrund - Herbst 1862

Seite 8-9 *Geschichte*

Der Marsch auf Rom: 1922

Seite 9 *Politik/Impressum*

SPD will weiter plündern

Seite 10 *Filmbesprechung*

Didi - Der Experte

Seite 11 *Politik/Glosse*

Marcel Luthé MdA (2016-2021)

in der Staatsreparatur

Nach der Niedersachsenwahl

Seite 12 *Straße*

Staatsreparatur: Hundert

Veranstaltungen in 12 Monaten



Am 24. Oktober 2022 trug Dr. Markus Sanke als Gast des IfS in der Staatsreparatur* über Charles Maurras vor.

Maurras (1862-1952) war einer der wichtigsten Vordenker der französischen Rechten. Er war der Begründer der „Action française“, der es Anfang des 20. Jahrhunderts gelang, die konservativen Intellektuellen und die katholische Landbevölkerung in Frankreich zu verbünden. Maurras' Buch wurde in Frankreich in unzähligen Auflagen verlegt. Es ist bei Antaios erstmals als deutsche Übersetzung (Dr. Sanke) erhältlich.

Aus Maurras' Buch „Meine politischen Ideen“ ein kleines Zitat für Sie:

„Unser Land ist keine Einöde. Wir sind keine Bohemiens, die zufällig am Straßenrand geboren wurden. Unser Boden wurde seit 20 Jahrhunderten von den Völkern, deren Blut in unseren Adern fließt, bewirtschaftet.“

Die Generation, die sich opfert, um ihn vor Barbaren und der Barbarei zu bewahren, wird ein gutes Leben geführt haben.“



Titelthema: Heißer Herbst und Kalter Winter: Cui bono? Wem nutzt es?



Verlauf von Nord-Stream 2, Quelle: Statista

Die Sprengungen der Nord-Stream-Pipelines am 26. September haben eine der wichtigsten potentiellen Lebensadern unseres Landes und vor allem unseres wirtschaftlichen Wohlstandes bis auf weiteres zerstört. Potentiell deswegen, weil durch Nord-Stream 2 noch überhaupt kein Gas nach Deutschland geflossen war und Nord-Stream 1 wegen der aus russischer Sicht erforderlichen Wartungsarbeiten seit Anfang September praktisch außer Betrieb war.

Mit der Zerstörung der Pipelines ist vorerst auch die seit Wochen von AfD und Linken, aber auch von FDP-Vize Wolfgang Kubicki und Politiker der SPD-Linken geforderte Inbetriebnahme von Nord-Stream 2 technisch unmöglich gemacht worden. Die Option irgendwann auch wieder auf das reichlich verfügbare, preiswerte russische Erdgas zurückgreifen zu können, entfällt damit für Deutschland bis auf weiteres. Deutschland wird sich nun dauerhaft nach anderen Lieferquellen für seinen Energiebedarf umsehen müssen. Inzwischen steht auch fest, daß es sich bei den vier (!) Sprengungen an den Pipelines in den Gewässern um Bornholm um Sabotage handelte.

Fest steht wohl auch, daß nur ein staatlicher Akteur für die Sprengung der auf massive Belastungen ausgelegten und im Meeresgrund eingegrabenen Röhren in Frage kommt. Irgendwelche ökoterroristischen NGO's scheiden mangels des erforderlichen Know-how und Equipment als Verursacher aus. Die Sprengung der 60 Meter unter dem Meeresspiegel verlegten Rohre ist mit derartiger Kraft erfolgt, daß in Schweden seismische Erschütterungen registriert wurden, die Explosionen von bis zu 700 Kg TNT entsprechen. Angesichts dessen ist nur ein Einsatz militärischer Spezialkräfte etwa von Kampftauchern, U-Booten oder ferngesteuerten Unterwasserrobotern denkbar. Geschädigt durch den Anschlag sind vor allem Rußland als – über die Firma Gazprom – Eigentümer der Pipelines und Deutschland als potentieller Empfänger des russischen Gases.

Nutznießer sind vor allem die USA, da nun Rußland als Mitanbieter von Erdgas bis auf weiteres ausfällt und Deutschland auf die Abnahme von teureren Flüssigerdgas (LNG) aus den USA angewiesen sein wird. Außerdem bedeutet die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines auch, daß Rußland

eine Möglichkeit der Einflußnahme auf Deutschland und die EU verliert. Die US-Navy ist zudem mit Sicherheit in der Lage, eine derartige unterseeische Operation durchzuführen. US-Präsident Biden hatte zudem bereits am 7. Februar 2022 – übrigens in Gegenwart von Bundeskanzler Scholz – angekündigt, die USA würden im Falle eines russischen Angriffs auf die Ukraine im Alleingang die Inbetriebnahme von Nord-Stream 2 zu unterbinden wissen. Außerdem fand im Juni 2022 in den Gewässern um Bornholm das Nato-Flottenmanöver BALTOPS 22 unter Beteiligung der USA statt, bei dem auch unbemannte Unterwasserfahrzeuge getestet worden sein sollen. In der Nacht vor dem Anschlag soll zudem ein amerikanischer Seeaufklärungshelikopter stundenlang über den späteren Anschlagorten gekreist sein.

Aber auch die russische Marine beherrscht die Kriegsführung auf dem Meeresgrund und wäre zu einem derartigen Anschlag ebenfalls in der Lage. Vor allem die polnische Regierung äußerte dann auch einen Verdacht in Richtung Rußland. Der russische Nutzen aus einem derartigen Anschlag bestünde darin, die Unsicherheit in Westeuropa über die künftige Energieversorgung und die bereits vorhandenen Bruchlinien zwischen den westeuropäischen Ländern in dieser Frage zu verbreitern. Auch die USA verwiesen auf die Versuche Rußlands, seit Beginn seines Angriffs auf die Ukraine Energie als politische Waffe einzusetzen. Auch sollen westliche Stellen am 26./27. September – allerdings erst nach den Explosionen – zwei russische Kriegsschiffe in der Nähe der Explosionsorte beobachtet haben. Außerdem seien in der Woche zuvor vermutlich russische U-Boote in der Gegend registriert worden. Allerdings muß man sich fragen,





Flugzeugträger der Nimitz-Klasse: USS Harry S. Truman

ob Rußland tatsächlich seine eigenen Pipelines zerstören und eine 20 Milliarden Euro teure Investitionsruine zurücklassen würde, bloß um die politischen und wirtschaftlichen Probleme Westeuropas zu verschärfen, denn eigentlich wollte die russische Regierung doch Öl und Erdgas an die EU verkaufen. Auch hat Rußland nach der Zerstörung der Pipelines eine politische Möglichkeit verloren künftig strategischen Druck auf Deutschland und die EU auszuüben. Der eingetretene Schaden dürfte einen möglichen Nutzen für Rußland also in jedem Fall um ein Erhebliches übersteigen. Man könnte allerdings auch der Ansicht sein, der Kreml würde angesichts der militärischen Rückschläge in der Ukraine nun eine Politik praktizieren, die noch vorhandenen Brücken in Richtung Westen abzubrennen. Damit würde aber wohl auch die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes russischer Atomwaffen steigen. Das wären wahrhaft düstere Aussichten!

Natürlich gibt es noch weitere mögliche staatliche Akteure wie etwa China, Polen oder auch die Ukraine. Aber auch wenn China erheblichen Nutzen aus dem Anschlag zieht, weil Russland nun noch stärker auf China als Energieabnehmer angewiesen sein wird, ist dieses doch weit entfernt und chinesische Militäraktivitäten in der Ostsee sind nicht ersichtlich. Und auch die Ukraine mag zwar zunehmend für kommandomäßig ausgeführte Untergrund-

anschläge gut sein, verfügt aber über keine nennenswerte Marine und dürfte angesichts des Krieges im eigenen Land auch andere Prioritäten haben.

Bleibt Polen: Als Anrainerstaat der Ostsee – die Entfernung von der pommerischen Küste bis Bornholm beträgt nur etwa 50 Kilometer – war Polen von Anfang an ein Gegner der Ostseepipelines. Dies zum einen aus wirtschaftlichen Gründen, gingen Polen durch die Meeresspipelines doch Durchleitungsgebühren in Millionenhöhe verloren, aber auch aus in der Geschichte der letzten 250 Jahre begründeten, aufgestauten Ressentiments gegen eine deutsch-russische Zusammenarbeit. So betrieb Polen von Anfang an eine massive Kampagne gegen den Bau der Nord-Stream-Pipelines. Im Frühjahr 2021 sollen mehrfach polnische Fischerfahrzeuge und Kriegsschiffe versucht haben, die Arbeiten an Nord-Stream 2 zu stören. Auch wenn dies von Polen bestritten wird, soll es diesbezügliche Filmdokumente und Funkprotokolle geben. Das war für die Medien in Deutschland aber kein Thema. Fast zeitgleich mit dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines erfolgte auch die Inbetriebnahme der Baltic Pipe, die von der Sabotage nicht betroffen war. Hierbei handelt es sich um eine Pipeline durch die Gas von Norwegen über Dänemark nach Polen transportiert wird. Diese Pipeline kann aber nur ein Zehntel des Volumens der Nord-Stream-Pipelines bewältigen, reicht also allein

für Polen aus, nicht aber zur Versorgung anderer EU-Länder. Die fast zeitgleiche Eröffnung der Baltic Pipe mit der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines wird in Polen – unabhängig von der Frage der Verursachung der Zerstörung – durchaus als ein grandioser Sieg empfunden. Sollte der Ostseeanrainer Polen tatsächlich für den Anschlag verantwortlich sein, läge es natürlich in seinem Interesse, gleichermaßen Rußland wie die USA mit dem Anschlag in Verbindung zu bringen. Insofern wird auf den Tweet des nationalistischen polnischen Politikers Radek Sikorski: „Thank you, USA“ vom 27. September verwiesen. Es ist natürlich auch möglich, daß die USA und Polen als politische Partner und gleichermaßen Nutznießer des Anschlages gemeinsam für diesen verantwortlich sind.

Eine unabhängige Untersuchung des Anschlages wird es nicht geben, da die Nato und damit auch die USA die Gewässer um den Anschlagort kontrollieren. Eine Beteiligung Rußlands an der Untersuchung ist nicht vorgesehen, obwohl doch gerade Rußland als Eigentümer der zerstörten Pipelines das größte Interesse an einer Aufklärung des Anschlages haben müßte. Selbst wenn der Tatvorwurf gegenüber Rußland zutreffen würde, wäre es doch interessant, wie sich Rußland im Rahmen einer internationalen Untersuchung verhalten würde, was ja auch weitere Rückschlüsse ermöglichen könnte. So aber ist keine unabhängige Aufklärung zu erwarten, und wir werden zu Lebzeiten wahrscheinlich die ganze Wahrheit über den Anschlag gegen Nord-Stream nicht erfahren.

Manche kluge Leute vermuten inzwischen sogar einen Anschlag Rußlands unter „falscher Flagge“, um den Verdacht gegen die USA zu lenken und diese mit dem Odium des Anschlages zu belasten. Aber wäre dies den gleichzeitigen Verlust, den Rußland hierdurch erleidet, wert? M. B.





Im September 1862 befand sich Preußen in einer schweren Staats- und Verfassungskrise. Der schon seit 1859 schwelende Streit über die Heeresreform hatte sich zu einem solchen über die Haushaltshoheit und die Frage, wie verfahren werden sollte, wenn der von der Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf vom Parlament abgelehnt werde, entwickelt und war voll entbrannt. In dieser Situation reichten mehrere der königlichen Minister, die meinten, nicht ohne parlamentarisch bestätigten Haushalt gegen das Parlament regieren zu können, gegenüber König Wilhelm I. (1797-1888) ihren Rücktritt ein. Aber auch der König wollte angesichts dieser ihm als unlösbar erscheinenden Krise zugunsten seines Sohnes abdanken und hatte seine Abdankungserklärung bereits verfaßt. Die königliche Abdankung scheiterte letztlich nur daran, dass Kronprinz Friedrich Wilhelm (der spätere Kaiser Friedrich III.) es ablehnte, in dieser verfahrenen Lage die Krone zu übernehmen.

Mit der Übernahme der Regentschaft für seinen dauerhaft, amtsun-

fähig erkrankten königlichen Bruder durch den nunmehrigen Prinzregenten Wilhelm von Preußen am 7. Oktober 1858 war ein Berufssoldat, der seit 1854 den Dienstgrad eines Feldmarschalls innehatte, an die Spitze des preußischen Staates berufen worden. Anders als bei seinem eher kunstsinnigen und schöngeistigen Vorgänger galt das Hauptinteresse des Prinzregenten schon seit langem einer Reorganisation der preußischen Armee. Er wußte wie kaum ein anderer in Preußen um deren Unzulänglichkeiten und hatte schon vor Übernahme der Regentschaft eine

Preußen war militärisch nicht handlungsfähig

Reorganisations-Kommission für die preußische Armee geleitet.

Das preußische Heer hatte 1859 mit 150.000 Mann immer noch die gleiche Stärke wie 1815, die Einwohnerzahl Preußens hatte sich inzwischen aber fast verdoppelt. Damit hatten sich die Rekrutierungsquoten von 1820 bis 1857 von ursprünglich 50 Prozent auf nur noch 26 Prozent der Bevölkerung verringert. Jährlich rückten nur 40.000 Wehrpflichtige ein, während rund 25.000 weitere verwendungsfähige junge Männer unausgebildet blieben. Im Mobilisationsfall mußten damit ältere ausgebildete Reservisten das Gros der Armee stellen, während junge ungeübte Män-

ner zu Hause bleiben konnten. Im italienischen Krieg von 1859 hatte Preußen auf Bitten Österreichs mobil gemacht, brauchte dann aber nicht mehr in den Krieg einzugreifen. Diese Mobilmachung hatte jedoch erhebliche Schwächen in der Organisation der preußischen Armee enthüllt.

Preußen war 1859/60 im Grunde militärisch nicht handlungsfähig. Es verfügte als kleinste der europäischen Großmächte nur über begrenzte Ressourcen an ausgebildeten Wehrpflichtigen und wäre einem Kampf mit Frankreich oder Österreich nicht gewachsen gewesen. Deshalb sollte die Quote der einberufenen Wehrpflichtigen erhöht, und die Dienstzeit von zwei auf drei Jahre verlängert werden. Die Friedensstärke der Armee sollte so von 150.000

Der Landtag verweigerte die erforderlichen Gelder

auf 213.000 Mann angehoben werden

Das war nur mit einer Aufstockung des Wehretats möglich, der dafür um jährlich neun Millionen Taler erhöht werden sollte. Der Landtag, der jedenfalls die Verlängerung der Dienstzeit ablehnte, verweigerte jedoch die

Gebäude des preußischen Abgeordnetenhauses in der Leipziger Straße 75



Bewilligung der für die Heeresreform insgesamt erforderlichen Mittel. Die königliche Regierung finanzierte die Reform gleichwohl durch aufgenommene Kredite. Derwuchs der Unmut in der Wählerschaft, und die liberale Opposition wuchs von Wahl zu Wahl. Der nunmehrige König Wilhelm I. (seit dem 2. Januar 1861) wollte aber weder von dem Willen der Parlamentarier abhängig sein noch auf die dreijährige Dienstzeit verzichten. Er verlangte eine Verstetigung der Reform, da er den Oberbefehl über die Armee als Teil seiner eigenen Kronrechte ansah, die er dem Einfluss der parteipolitischen Auseinandersetzung entziehen wollte. Außerdem befand er sich mit seinem Ziel – der Schaffung einer länger dienenden Wehrpflichtarmee – im Einklang mit allen anderen europäischen Großmächten, die in ihren Ländern ähnliche Konzepte umsetzten.

Der sich zuspitzende Konflikt zwischen Landtagsmehrheit und Regierung entzündete sich zwar an einer Sachfrage, doch ging es in Wirklichkeit um das grundsätzliche Problem, ob das Parlament oder die vom König ernannte Regierung die Richtlinien der Politik bestimmen sollte. Die preußische Verfassung war hier eindeutig: Der König und seine Minister bestimmten den politischen Kurs des Landes, und Wilhelm I. beabsichtigte nicht, hiervon abzugehen. Gleichzeitig bestand der Landtag aber auf seinem verfassungsmäßigen Budgetrecht. Da beide Seiten zu keinem Kompromiss bereit waren, war der Verfassungskonflikt da.

Nach den Wahlen vom Mai 1862 nahmen die Parteien der liberalen

Die Regierung lehnte Lückentheorie ab

Opposition drei Viertel der Mandate im Landtag ein. Nun existierte zur

Lösung des skizzierten Verfassungskonflikts die sog. „Lückentheorie“. Sie besagte, dass die preußische Verfassung für einen derartigen Fall eine Regelungslücke enthalte, und deshalb das ursprüngliche Recht der durch den König verkörperten staatlichen Exekutive (also der Regierung) wieder auflebe, von sich aus über die staatlichen Einnahmen und Ausgaben zu verfügen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse scheute die königliche Regierung aber die Anwendung der „Lückentheorie“ und meinte stattdessen, einen Kompromiß mit der Landtagsmehrheit finden zu müssen, scheiterte hierin aber am 17. September an König Wilhelm I. Daraufhin reichten mehrere Minister ihren Rücktritt ein.

Aber auch der König dachte über seine Abdankung nach und formulierte noch am Abend des 17. Sep-

König Wilhelm I. schien am Ende

tember seine Abdankungserklärung. Seine Abdankung scheiterte letztlich nur daran, dass Kronprinz Friedrich Wilhelm (1831-1888) es ablehnte, die Krone unter den gegebenen Umständen zu übernehmen.

In dieser verfahrenen Situation rief Kriegsminister Albrecht von Roon (1803-1879) den mit ihm befreundeten und von ihm protegierten preußischen Gesandten in Paris, Otto von Bismarck (1815-1898), als möglichen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten nach Berlin zurück und verschaffte ihm eine Audienz beim König. Bismarck war durch die Revolution von 1848/49 in die Politik gekommen, hatte sich dort als einer der Führer der Konservativen einen Namen gemacht und war seit 1851 als preußischer Spitzdiplomate beim Deutschen Bund, in St. Petersburg und Paris tätig gewesen.

Die Audienz fand am Nachmittag

des 22. September in Schloß Babelsberg statt. Am Ende des mehrstün-



digen Gesprächs hatte Bismarck König Wilhelm überzeugt, es mit ihm zu versuchen und auf Grundlage der „Lückentheorie“ die Heeresreform ungeachtet der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse bzw. auch gegen diese durchzusetzen. Bismarck wurde daraufhin am 23. September zum vorläufigen neuen preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Seine Ernennung stieß in der Öffentlichkeit überwiegend auf Ablehnung. Vor allem die Vertreter der liberalen Opposition waren empört. Außerdem lehnte das preußische Abgeordnetenhaus ebenfalls am 23. September auch den von der Regierung für 1862 eingebrachten Haushaltsentwurf bei nur elf Gegenstimmen der konservativen Fraktion mit übergroßer Mehrheit ab.

Bismarck nahm daraufhin am 29. September mit königlichem Einverständnis auch den Haushaltsentwurf für 1863 zurück und suchte zunächst das Gespräch mit den Parlamentariern. So versuchte er die Budgetkommission bereits am Abend des 30. September für eine vermittelnde Position zu gewinnen. Dabei wollte er vor allem vermitteln, dass seine außen- und nationalpolitischen Ziel-





Kaiserkrönung im Spielsaal von Versailles, 18. Januar 1871, unten Deutscher Bund 1815-1866

1866, der mit dem Sieg Preußens, der Auflösung des Deutschen Bundes und dem Ausscheiden Österreichs aus Deutschland endete, wendete sich das Blatt erneut. Bei den Landtagswahlen überholten die Konservativen die Liberalen, von denen sich wiederum ein Teil, angesichts der Verwirklichung nationalliberaler Zielvorstellungen durch die bismarcksche Politik, nunmehr zur Unterstützung der Regierung entschied. So fand auch der Verfassungskonflikt im Herbst 1866 sein Ende.

vorstellungen ja gar nicht so weit von denen der liberalen Landtags-

Eisen und Blut

opposition entfernt waren und man sich lediglich über den Weg zu deren Verwirklichung uneins war. Seine diesbezügliche „Eisen und Blut“-Rede ist wohl seine Bekannteste und zugleich ein fulminanter Fehlschlag. Er hatte versucht, auf eine lockere, verbindliche Art die Atmosphäre zu entspannen, den Konflikt herunterzuspielen und den Blick der Abgeordneten wieder auf das Hauptziel der Heeresreform zu lenken: die Stärkung der preußischen Militärmacht als Voraussetzung einer erfolgreichen Politik Preußens in der deutschen Frage. Der entscheidende Satz seiner Rede lautete: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut.“ Doch die liberale Landtagsopposition wollte oder konnte Bismarck nicht verstehen und erteilte ihm in dieser dramatischen Abendsitzung eine eiskalte Abfuhr.

Dank des damals modernen Te-

legraphen war Bismarcks Rede am Morgen des 1. Oktober Tagesgespräch in allen deutschen Staaten. Doch Wilhelm I. hielt trotz der mißlungenen Rede weiter zu seinem Ministerpräsidenten. Am 8. Oktober 1862 erfolgte Bismarcks endgültige Ernennung zum Ministerpräsidenten und zugleich auch zum Außenminister.

In den folgenden Jahren focht Bismarck den Verfassungskonflikt über das Zustandekommen eines Haushalts gegen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses durch und ermöglichte so die Heeresreform. Nach dem Deutschen Krieg von

Im Ergebnis der bismarckschen Außenpolitik entstanden 1867 der Norddeutsche Bund und 1871 das Deutsche Reich. Bismarck erwies sich dabei als hervorragender Diplomat und Staatsmann von europäischem Format. Er lenkte die Geschichte des Deutschen Reiches und Preußens bis zu seiner Entlassung durch Kaiser Wilhelm II. am 20. März 1890 für nahezu zwei Jahrzehnte als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident in Personalunion. Diejenigen, die nach ihm kamen, hatten nicht einmal ansatzweise sein politisches Gespür und Geschick.

Matthias Bath

Karte des Deutschen Bundes 1815-1866



Vor 100 Jahren Der Marsch auf Rom



Benito Mussolini (Mitte) beim Marsch auf Rom

Im Oktober 1922 griffen die italienischen Faschisten nach der Macht im Lande. Ausgehend von Parteikongressen in Neapel und Perugia wurden rund 60.000 bewaffnete Faschisten auf Rom in Bewegung gesetzt. Am 30. Oktober ernannte daraufhin König Viktor Emanuel III. den Führer („duce“) der Faschisten, Benito Mussolini (1883-1945), zum neuen Ministerpräsidenten Italiens.

Benito Mussolini hatte eine staatliche Lehrerausbildung absolviert und sich 1900 den italienischen Sozialisten (PSI) angeschlossen, als Vertreter deren linken, revolutionären Flügels er 1912 in den Parteivorstand der PSI gewählt wurde und die Leitung der PSI-Parteizeitung „Avanti“ übernahm. Als er im Oktober 1914 den Kriegseintritt Italiens befürwortete, wurde er aus der PSI ausgeschlossen. Ab November 1914 propagierte er in seiner eigenen Tageszeitung „Il Popolo d' Italia“ den Kriegseintritt Italiens. Nach dem Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 diente Mussolini als Unteroffizier in einem Gebirgsjägerregiment und wurde nach einer schweren Verwundung im August 1917 aus dem

Militärdienst entlassen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs empfanden die italienischen Nationalisten die Kriegsteilnahme Italiens auf Seiten der Siegermächte als nicht hinreichend gewürdigt und fühlten sich um die Früchte ihres Sieges betrogen. Zugleich propagierten die italienischen Sozialisten die revolutionäre Umgestaltung des Landes und fanden großen Anhang unter dem ärmeren Teil der Bevölkerung.

Hier gegen gründete Mussolini aus Gruppen enttäuschter Elitesoldaten des Weltkrieges – den sog. Arditi – am 23. März 1919 in Mailand die „Fasci italiani di combattimento“ („Italienische Kampfverbände“), als eine militante Massenbewegung, die sich gleichermaßen gegen den „verstümmelten Sieg“ im Weltkrieg wie auch gegen die „rote Gefahr“ wenden sollte. Aus dieser zunächst eher losen Massenbewegung bildete Mussolini im November 1921 die „Partito Nazionale Fascista“ („Nationale Faschistische Partei“, PNF) als fester geschlossene politische Partei. Innerhalb dieser Partei blieben aber die „squadre“ der bisheri-

gen Kampfverbände erhalten. Diese faschistischen Milizen hatten schon seit April 1919 begonnen, die Ansätze einer bolschewistischen Revolution in Italien gewaltsam zu bekämpfen. Seit 1921 auch parlamentarisch vertreten waren die Faschisten 1922 mit über 300.000 Mitgliedern zur stärksten Massenbewegung Italiens geworden. Schließlich riefen die Sozialisten, um die Regierung zu zwingen, die faschistische Bewegung gewaltsam zu unterdrücken, am 31. Juli 1922 zum Generalstreik auf. Mussolini erklärte daraufhin, er werde der Regierung 48 Stunden Zeit geben, den Streik zu unterdrücken. Sollte das nicht geschehen, so würden er und seine Anhänger es selber tun. Es gelang den Faschisten, den Generalstreik binnen acht Tagen zu brechen. Faschistische Milizen lösten die Veranstaltungen streikender Arbeiter in den Großstädten gewaltsam auf, übernahmen die Versorgung der Bevölkerung und die Aufrechterhaltung des Verkehrs. Die PNF forderte nach diesem Sieg Neuwahlen und drohte mit einem „Marsch auf Rom“, falls diese Forderung nicht erfüllt würde.

Am 24. Oktober 1922 fanden in Neapel und Perugia zwei große Treffen der PNF statt. In Neapel erklärte Mussolini vor 40.000 bewaffneten Anhängern: „Entweder gibt man uns die Regierung oder wir nehmen sie uns mit Gewalt.“ Gleichzeitig trafen sich auch in Perugia mehr als 20.000 Faschisten. Am 26. Oktober forderte die PNF die Regierung ultimativ zum Rücktritt auf. Als sich in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober die Anhänger Mussolinis zum Abmarsch nach Rom bereit machten, verhängte die Regierung den Belagerungszustand. König



SPD will weiter plündern

Der Ukrainekrieg wird immer teurer. Vornehmlich Deutschland soll zahlen, damit des für Bidens USA nicht so teuer wird. Selensky fordert jetzt 500 Millionen Euro – monatlich. Sein Wirtschaftsberater Alexander Rodnyansky: „Wir glauben, daß Deutschland etwa 500 Millionen Dollar pro Monat übernehmen könnte, vor allem mit Blick auf das Jahr 2023.“ SPD Chefin Saskia Eskens weiß auch schon, wie das finanziert werden soll - mit neuen Steuern: „Zur Finanzierung eines handlungsfähigen, solidarischen Staates, der die Gesellschaft in unserem Land zusammenhält, den Wiederaufbau in der Ukraine unterstützt und gleichzeitig nicht die Augen vor der globalen Hungerkrise verschließt, müssen wir eine solidarische Vermögensabgabe der Superreichen endlich umsetzen.“ Kommunistenthürhüter im Bundestag Dietmar Bartsch ist begeistert: „Wir brauchen eine europaweite Beteiligung der Superreichen. Es darf nicht sein, daß der normale Steuerzahler, der schon unter Inflation und Energiepreisen leidet, allein auch die Kriegsrechnung bezahlen muß.“ Was machen die beiden eigentlich, wenn die angeblich Superreichen Deutschland verlassen? Dann könnte man die Definition des Superreichen dahingehend modifizieren, dass der Durchschnittsverdiener ausgeplündert werden kann.

Hans Lody

Viktor Emanuel III. lehnte aber am Morgen des 28. Oktober die Unterzeichnung des entsprechenden Notstandsdekrets ab. Daraufhin trat die Regierung zurück. Schließlich ließ



Benito Mussolini bei Hitler in Berlin

der König am Abend des 29. Oktober den inzwischen von Neapel nach Mailand zurückgekehrten Mussolini telefonisch nach Rom rufen, damit dieser dort an die Spitze der Regierung treten könne. Der Duce reiste daraufhin mit dem Nachtzug von Mailand nach Rom, wo er am Morgen des 30. Oktober eintraf und am Mittag in der Uniform der faschistischen Schwarzhemden den König aufsuchte, um seine Ernennung zum Ministerpräsidenten entgegenzu-

nehmen. Am 31. Oktober nahmen der König und der Duce vor dem Königspalast eine Parade der siegreichen Faschisten ab, bevor die in die Hauptstadt eingerückten Legionen auf Geheiß des Mussolinis in Sonderzügen wieder in ihre Heimatorte zurückkehrten.

Nach dem aktuellen Wahlsieg des italienischen Rechtsbündnisses vom 25. September fühlten sich manche Stimmen des linksliberalen Mainstreams veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß 100 Jahre nach Mussolini nun wieder radikale „Rechte“ die Macht in Italien übernehmen würden. Wir tun das nicht! Stattdessen freuen wir uns über den Erfolg der nationalkonservativen Kräfte in Italien, dem drittgrößten Land innerhalb der EU. Das Rechtsbündnis in Italien steht für Werte wie die Freiheit des Einzelnen, die traditionelle Familie von Mann, Frau und Kindern, das Christentum, privates Unternehmertum, Patriotismus, Tradition und nationale Identität. Auch von dieser Stelle aus wünschen wir der gleichermaßen jugendlichen wie charmanten künftigen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni eine glückliche Hand bei der künftigen Gestaltung ihres Landes!

M. B.



Mussolinis Wagen in Rom bei der Ausfahrt aus dem Querinalpalast nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten

Impressum
Adresse: Andreas Wild MdA (2016-2021)
Jungfernstieg 4 b
12207 Berlin
Telefon: 030-209677555
Email: wild@staatsreparatur.de

Filmempfehlung: Didi - Der Experte

Im damaligen Berlin der späten Achtziger Jahre tobt der Abgeordnetenhauswahlkampf. Die eher konservative Deutsche Volkspartei DVP (sprich CDU) verliert in den Umfragen konstant an die konkurrierende Deutsche Fortschrittspartei DFP (sprich SPD). In dieser für die DVP dramatischen Situation entschließt sich deren Berliner Landesführung, den deutschstämmigen US-Wahlkampfexperten Willy Schneider aus New York nach Berlin einfliegen zu lassen, um hier den Wahlkampf der DVP auf Vordermann zu bringen.

Derweil sitzt der partei- und politikverdrossene Automechaniker Willi Schulze (gespielt von Dieter Hallervorden) in seiner Kfz-Bude in einem Hof hinter inzwischen längst abgerissenen Altbauten in der Lehrter Straße in Moabit, wo er mit dem ihm zugelaufenen Waisenjungen Paul lebt, und vergnügt sich damit, regelmäßig die Wahlplakate aller Parteien an der Toreinfahrt zu seiner Werkstatt abzureißen.

Als Schulze bei einer Probefahrt mit einem Kundenfahrzeug liegen bleibt, nimmt ihn der gerade in Berlin eingetroffene Schneider mit seinem Mietwagen mit. Beide haben einen Unfall, bei dem Schneider schwer verletzt wird und Schulze sein Gedächtnis verliert. Da sich beide ähneln und Schulze von den Rettungskräften mit dem angesengten US-Pass Schneiders in der Hand angetroffen wird, hält man ihn von nun an für den amerikanischen Experten.

Nach einer kurzen, intensiven, psychiatrischen Gehirnwäsche hält

sich auch Schulze selbst für den US-Wahlkampfexperten und nimmt seine Tätigkeit für die DVP auf. Deren Wahlkampf nimmt daraufhin zwei Wochen vor der Wahl mit neuen dümmlichen Slogans aus der Welt eines Automechanikers, wie „Wir müssen mehr Dampf machen!“ oder „Wir müssen die Schrauben anzie-



hen!“ wieder Fahrt auf. Die Konkurrenz von der DFP kann da nur neidvoll zusehen und fällt in den Umfragen wieder zurück.

Schließlich gewinnt der „Experte“ aber sein Erinnerungsvermögen zurück und weiß nun wieder, daß er mit Parteien noch nie etwas am Hut hatte. Mit diesem wiedergewonnenen Wissen läßt er jetzt die beiden großen Parteien jeweils kalt auflaufen. Am Wahlabend hat die

DVP daraufhin 13,8% verloren und die DFP 8,8%. Beide Parteien stehen nun gleichauf bei 32,4%. Das sind Zahlenwerte, die inzwischen von der Wirklichkeit zwar längst unterboten worden sind, 1988 aber etwas noch sensationell Unwirkliches hatten. Im Film ist jedenfalls am Wahlabend die Sensation perfekt. Der „Experte“, der sich nun vor laufenden Fernsehkameras als Willi Schulze outet, soll in der Psychiatrie verschwinden, aber auch das scheitert.

Der Film gehört zu einer Reihe von neun zwischen 1981 und 1992 – mit dem Schauspieler Dieter Hallervorden als jeweiligen Hauptdarsteller – entstandener Filmkomödien unterschiedlicher Qualität. Der Filmvertrieb bewarb den am 4. Februar 1988 in die bundesdeutschen Kinos gekommenen Film damit, er markiere einen Wendepunkt in der Filmkarriere Hallervordens, der mit diesem Film von der allgemeinen Unterhaltungskomödie zur politisch-satirischen Komödie zurückgekehrt

sei. Das stimmte allerdings nur für den hier empfohlenen Film, der sich von den übrigen Kinokomödien Hallervordens durch seine gelungene Abrechnung mit dem inhaltsleeren, bonzokratisch verkrusteten Parteiensystem der alten Bundesrepublik zum Zeitpunkt seiner Entstehung abhebt und deshalb uneingeschränkt als Film für die ganze Familie (FSK 6) empfohlen werden kann.

Herbert Hermann



Wahl in Niedersachsen

Wer ist Schuld daran, daß die FDP aus dem Landtag von Niedersachsen geflogen ist? Keine Frage: die „Nazis“ von der AfD. Warum? Weil 40.000 bisherige FDP Wähler zur AfD gewechselt sind. Mit Lenin: „Was tun“?

Was macht die FDP?
Ändert sie ihre Politik?
Steigt sie aus der unseligen Ampelregierung aus?

Nein, sie pöbelt lieber gegen die AfD. Selbst zu Zeiten, als Liberale mangels Wählerzuspruch nicht im Bundestag saßen, bekam ihre Friedrich Naumann Stiftung Geld aus dem Bundeshaushalt.

Genau das steht der Desiderius-Erasmus-Stiftung eigentlich auch zu. Die Winkeladvokaten der amtierenden Funktionäre der übrigen Bundestagsparteien – einschließlich der Kommunisten der SED Erben – fanden einen Dreh der AfD nahen Stiftung das Geld vor zu enthalten. Nur nach einem abermaligen Einzug in den Bundestag fließt Geld, hieß es damals.

Nun sitzt die AfD zum zweiten Mal im Bundestag, aber die Desiderius-Erasmus-Stiftung bekommt wieder nichts.

Die FDP will nun die lästige Konkurrenz los werden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Stephan Thomae, will, daß kein Gelder aus Bundesmitteln dazu verwendet werden, um „rechte Kaderschmieden zu fördern“. Außerdem will die FDP, dass erst ab der dritten Bundestagsperiode Geld fließt.

Hans Lody



Integere Politiker unerwünscht

Nur wenigen Politikern im Abgeordnetenhaus von Berlin war und ist es gegeben, über eine authentische Autorität zu verfügen.

Marcel Luthe, vormals FDP, seit 2021 Freie Wähler, hat mit seinen unzähligen Anfragen in der 18. Legislatur etliche Mißstände, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Agieren des Berliner Senates während der Coronawelle, aufgedeckt.

Auch ist seine Arbeit für die Anfechtung der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und den BVVen Legende.

Nach dem Ausscheiden aus dem Abgeordnetenhaus gründete Luthe die Good Governance Gewerkschaft.

Auf Einladung der Freunde der Staatsreparatur erklärte sich Marcel Luthe bereit, zum Thema „Berlin vor der Wahl“ in den Räumen der Staatsreparatur zu sprechen.

Das gefällt aber manchen nicht.

Kaum war der Termin veröffentlicht, titelte der Tagesspiegel am 27. Oktober in seiner Onlineausgabe „Checkpoint“:

„Erst FDP, dann Freie Wähler – jetzt AfD? Berlins Ex-Anfragenkönig Marcel Luthe am rechten Rand unterwegs

Droht der nächste Parteiwechsel? Der frühere Abgeordnete Luthe will jetzt eine „Staatsreparatur“. Im AfD-Büro unter diesem Namen tritt er als Gast auf.

Erst brach der ehemalige Abgeordnete Marcel Luthe den Rekord im Stellen Schriftlicher Anfragen, nun beim Tempo der politischen Radikalisierung. Nachdem Luthe zunächst aus der FDP geflogen und zu den Freien Wählern gewechselt war, sucht er nun ganz offenbar sein Heil (!) bei den Rechtsaußen der AfD. Am 22. November ist der auch als „Lunten-Luthe“ bekannte Draufgänger als Gast des ebenfalls aus der Fraktion ausgeschlossenen Andreas Wild in dessen Wahlkreisbüro namens „Staatsreparatur“ angekündigt. Dort, wo sich sonst junge und vor allem alte Rechte zum Bratwurstessen treffen, soll Luthe zum Thema „Berlin hat die Wahl“ referieren. Soll später niemand sagen, er hätte nicht gewusst, wer da kandidiert. Robert Kiesel“

Andreas Wild





100 Veranstaltungen in 12 Monaten

In den letzten 12 Monaten fanden in den Räumen der Staatsreparatur einhundert Präsenzveranstaltungen statt.

Die Schlagzahl hat sich auf wöchentlich drei Veranstaltungen eingespielt.

Unsere politischen und historischen Vorträge wie auch die geselligen Runden sind aus der konservativ-patriotischen Szene nicht mehr wegzudenken. Wir freuen uns auch, daß immer mehr Gäste aus Steglitz-Zehlendorf zu uns finden und die freie Luft genießen, die in der Staatsreparatur heimisch ist.

Die Veranstaltungen des Bildungs- und Begegnungsortes werden alle öffentlich beworben. Damit kann sich die Staatsreparatur glücklich schätzen, denn der Auftritt und die Sichtbarkeit auf der Straße stehen im Gegensatz zu dem sonst üblichen heimlichen Einladungsprocedere.

Sicher sind wir unglücklich über die Gewalt der linksgrünen Schmalspurterroristen. Wir dürfen aber vor dem Druck dieser undemokratischen und selbstermächtigten Zensurkreise nicht einknicken.

Daher ist es erfreulich, wenn der

Bezirksverband der AfD-Steglitz-Zehlendorf am 7. November und vorraussichtlich am 5. Dezember eine Kundgebung am Hermann-Ehlers-Platz von 18.00 - 20.00 Uhr veranstaltet. Unsere Arbeit muß auf der Straße hörbar und sichtbar sein. Das macht nicht zuletzt den vielen an der Politik der Kartellparteien Verzweifelten wieder Mut!

Unter dem Titel „Deutschland in der Krise“ werden Steglitz-Zehlendorfer und Berliner AfD-Protagonisten ihren Standpunkt am Mikrofon in die Öffentlichkeit tragen.

Bilder müssen auch in die Öffentlichkeit. Daher möchte ich an dieser Stelle den genialen Photographen aus unserer eigenen Reihen ehren.

Da er nicht namentlich genannt werden will, setzen wir ihm mit dem Foto des Photographen ein kleines Denkmal. Viele Bilder in diversen TREND-Magazin-Ausgaben gehen auf seine Arbeit zurück

Lieber „-go-“, bleib uns gewogen!

Im heißen Herbst wird uns die Straße brauchen! Also runter vom Sofa!

Andreas Wild

